

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 44 · Frühsommer 2008 · Kostenlos

Seite 3 + 4
Widerstand
gegen
Rassismus

Seite 6 + 7
Bildung
und
Schule

Seite 8 + 9
Umgestaltung
am Karstadt

Seite 10 + 11
Armutsbericht
und
1. Mai 2008

15 JAHRE NACH DEM SOLINGER BRAND- ANSCHLAG

WIDERSTAND GEGEN
RASSISMUS UND
NEOFASCHISMUS
NOTWENDIGER DENN JE

INHALT

Seite 3 - 4

15. Jahrestag des Solinger
Brandanschlags

Seite 5

HARTZ IV
Arbeitnehmerempfang

Seite 6 + 7

Bildungsbenachteiligung und
Privatschulen

Seite 8 - 9

Hofgarten: Stadtentwicklung als
Investorenplanung

Seite 10 + 11

Armutsbericht
1. Mai 2008 in Wuppertal

tacheles – Jahresabo:

Ein Jahr für 13 Euro frei Haus

Unterstützer-Abo 20 Euro frei Haus

Bankverbindung:
Bürgerinitiativenbüro
Solinger e. V.
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Stichwort „tacheles-Abo“

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und
Solidarität

Die Zeitung wurde von dem
Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000

Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
tachelesSG@wtal.de

www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft–
Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9,
40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen

Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641

Fotos & Layout: Heinz Mähner

EDITORIAL

Danke Solingen! Danke, dass alljährlich dem schrecklichen Brandanschlag von 1993 offiziell gedacht wird und sich mittlerweile ein breites Bündnis gegen rassistisches und rechtsextremistisches Gedankengut formiert.

Doch **tacheles** wäre nicht **tacheles**, wenn sie nicht immer wieder den Finger auf die Wunden legen würde, die uns mehr denn je offensichtlich erscheinen. Rassismus und der damit verbundene Prozess der Aus- und Einschließung ist allgegenwärtig und leider ist dieser Realität nicht allein mit Jahresgedenktagen, Demonstrationen und Preisen für Toleranz und Zivilcourage entgegen zu treten. Auch 15 Jahre nach dem Mord an fünf Solinger Frauen und Kinder sind die 1993 formulierten Forderungen von MigrantInnen nicht erfüllt und sogar mehr denn je aktuell. Vor allem die Forderungen nach gleichen politischen und gesellschaftlichen Rechten, nach wirklicher Mitbestimmung und Mitgestaltung unseres Gemeinwesens laufen immer wieder ins Leere. *"Dann werdet doch einfach Deutsch!"* wird der Forderung nach kommunalen Wahlrecht süffisant entgegnet. *"Hauptschulen sind doch nicht schlecht"*, klingt es meist aus der CDU-Ecke. *"Unverschämt!"* sei es, wenn MigrantInnen Räume für sich fordern, um genauso - wie andere politische Kräfte auch - Politik zu machen. Und auf eine Stadtdienstleitung oder einen Kämmerer (gibt es denn Begriff Kämmererin eigentlich???) mit sogenannten Migrationshintergrund können wir eh noch lange warten. Dies sind nur wenige Beispiele dafür, wie sich das tägliche Mühen und Abmühen um gleichberechtigte Teilhabe und das ebenso tägliche Abwiegen und Leugnen von Ungleichheit und Rassismus präsentiert. Schade Solingen! Schade, dass dies immer noch so viele, vor allem federführende Kräfte dieser Stadt nicht verstehen wollen.

tacheles- Redaktion



Kontaktadresse:

ZukunftsWelten e.V.

Mühlenteich 5 42653 Solingen

Tel.: 0212-59 04 01 FAX: 259 25 11





15 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag:

WIDERSTAND GEGEN RASSISMUS UND NEOFASCHISMUS NOTWENDIGER DENN JE

Der rassistische Brandanschlag von Solingen geschah vor 15 Jahren. Saime Genç wäre heute 19 Jahre, Hülya Genç 24 Jahre, Gültüstan Öztürk 27 Jahre, Hatice Genç 33 Jahre und Gürsün Ince 42 Jahre alt. Wie die fünf Mädchen und Frauen heute leben würden weiß niemand, dass sie aber in diesem Land, in dieser Stadt ohne Angst leben würden ist zu bezweifeln. Wie groß die Angst von MigrantInnen vor Anschlügen nach wie vor ist, erfahren wir wieder angesichts der jüngsten Brände in von MigrantInnen bewohnten Wohnhäusern. Dass diese Angst nicht unbegründet ist, zeigt die Tatsache, dass 136 Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt seit 1990 in Deutschland verzeichnet werden, weitere Anschläge geschehen und „ausländerfreie Zonen“ geduldet werden!

Der Solinger Brandanschlag von 1993 war nach den Morden von Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Lübeck und Hünxe der entsetzliche Höhepunkt einer Welle von rassistischen Pogromen gegen Menschen ausländischer Herkunft in unserem Land. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde durch eine massive mediale und politische Hetze gegen Asylbewerber das Klima des Zusammenlebens vergiftet. Die von der CDU eingeleitete „Asylkampagne“ endete wenige Tage vor dem Solinger Brandanschlag am 26. Mai 1993 mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes durch eine Änderung des Grundgesetzes.

Den Naziangriffen auf MigrantInnen und Andersdenkende entgegentreten!

Die Folge dieser Politik ist, dass die Neonazis sich ermuntert fühlen. Nazis sitzen heute in diversen Landtagen und Stadträten. In Deutschland werden Nazi-Aktivitäten vom Staat geduldet und unterstützt. Dieser schützt Nazis auch in NRW bei Demos z.B. gegen Synagogen. Neben der neofaschistischen NPD, die vor kurzem in Solingen einen Kreisverband gründete, existieren auch offen gewalttätige „Freie Kameradschaften“. Sie agieren auch in NRW zunehmend aggressiver. Die Gedenkstätte Wenzelnberg wurde Anfang dieses Jahres zum wiederholten Male von Nazis beschädigt. Die Nazistrukturen werden vom Verfassungsschutz kontrolliert und mitorganisiert. Die neofaschistische NPD kann nicht

verboten werden, weil zahlreiche V-Leute des Verfassungsschutzes in der NPD sitzen und die Innenminister sich weigern, diese zurückzuziehen. Aufgeklärt ist bis heute nicht die Rolle des Verfassungsschutz-Agenten Bernd Schmitt beim Solinger Brandanschlag, ob-



wohl damals sogar von einem „Betriebsunfall“ des Staatsschutzes gesprochen wurde.

Obwohl es in Solingen wie in vielen anderen betroffenen Städten ein breites Engagement gegen rassistische und faschistische Einstellungen und Organisationen gibt, ist es auch 15 Jahre danach nicht gelungen, eine Straße nach einem der Opfer zu benennen, während andere deutsche Städte wie Frankfurt oder Bonn Straßen und Plätze nach den Opfern des Solinger Brandanschlages benannt haben. Der Umgang mit der „Bleiberechtsregelung“ und Abschiebungen beim Solinger Ausländeramt ist unverändert restriktiv. Die Solinger CDU unterstützte die rassistische Wahlkampagne von Roland Koch in Hessen. Führende Mitglieder der Solinger CDU, aber auch einige SPD und FDP-Honoratioren, erwiesen dem Auschwitzleugner, Volksverhetzer und rechtsextremistischen Drahtzieher Günther Kissel zum 90. Geburtstag die Ehre.

Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechtes vor 15 Jahren wurden die Mauern der

Festung Europa noch höher gezogen. Jedes Jahr kommen tausende Flüchtlinge bei dem Versuch Europa zu erreichen, ums Leben. Es wird eine „Integrationsdebatte“ geführt, die von der Weigerung des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft ablenkt, allen hier lebenden Menschen gleiche politische und soziale Rechte zuzugestehen. Selbst minimale Rechte wie das Kommunale Wahlrecht, die in unseren Nachbarländern MigrantInnen zugestanden werden, scheitern am Widerstand vor allem der CDU.

Wir rufen auf zur

Gedenkundgebung zum 15. Jahrestag des Brandanschlags in Solingen

am Do., 29.5.2008, 19.00 Uhr
in Solingen-Mitte, Untere Wernerstraße / Ecke Schweizer Straße.

Demonstration 15 Jahre danach: Rassismus und Neofaschismus bekämpfen!

am Sa., 31.5.2008, 12.00 Uhr.
Treffpunkt in Solingen-Mitte, Mühlenplatz.

Rassismus und Faschismus sind keine Meinung sondern ein Verbrechen!

Unsere Antwort auf die Ausgrenzungspolitik gegenüber MigrantInnen und die Duldung des rechten Terrors heißt:

- Den Rechtsextremisten den Boden entziehen. Gleiche soziale und politische Rechte für Alle. Gegen den Ausschluss immer größerer Bevölkerungsteile von gesellschaftlicher Teilhabe.

- Wahlrecht für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

- Ein wirkliches Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen. Bis dahin müssen wir die Ausländerämter durch öffentlichen Druck dazu zwingen, die vorhandenen Ermessensspielräume für statt gegen die Betroffenen zu nutzen.

- Verbot der NPD. Bekämpfung aller rassistischen und faschistischen Organisationen.

- Rückzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus den Leitungsgremien der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen

- Wir treten für ein besseres solidarisches Zusammenleben aller hier lebenden Menschen ein.

UnterstützerInnen: Antifa Neuss; Antifa SG/ME; Antifaschistische Aktion LEVerku-

sen; AStA Bergische Universität Wuppertal; AStA Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland); Autonomes Zentrum Wuppertal; Basis Initiative Solidarität; Die Linke, Kreisverband Solingen und Düsseldorf; DKP Solingen, Wuppertal und Rheinland; Duisburger Netzwerk gegen Rechts; FAU Solingen; Förderverein Städtefreundschaft Ovacic/Tunceli - Solingen e.V.; Fraktion der offenen Liste DIE LINKE. im Rat der Stadt Wuppertal; Informationsbüro Nicaragua e.V.; Internationale Liste (Solingen); internationale sozialistische linke (isl) Düsseldorf; KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen; Kein Mensch ist illegal Wuppertal; Koordinationskreis Antifaschismus Wuppertal; KPD (Roter Morgen); Kulturvereinigung Leverkusener e.V.; MLPD Bergisch Land; MSB-Spartakus Düsseldorf; Naturfreunde Solingen-Theegarten e.V.; Naturfreunde Solingen-Wald/Ohligs e.V.; Özgür-lük ve Dayanışma Almanya / Plattform der Freiheit und Solidarität e. V. (ÖDA) Solingen, Wuppertal und Köln; Redaktion Solinger Stadtzeitung tacheles; [solid] Düsseldorf; SOLINGEN AKTIV und Ratsgruppe; Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus; SOS Rassismus Solingen; SDAJ Wuppertal und Rheinland; Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.; Ulla Jelpke, MdB (Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE); .Ver.di Ortsverein Solingen; VVN/BdA Solingen und Nordrhein-Westfalen; ZukunftsWelten e.V. (Solingen).

*** Folgende Gruppen rufen zusätzlich auf zur Gedenkveranstaltung des Solinger Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage am Do., 29.5.2008, 18.00 Uhr in Solingen am Mahnmahl an der Mildred-Scheel-Schule, Beethovenstraße 225:**

DKP Solingen; Förderverein Städtefreundschaft Ovacic/Tunceli - Solingen e.V.; Internationale Liste (Solingen); Naturfreunde Solingen Theegarten e.V.; Naturfreunde Solingen Wald/Ohligs e.V.; Redaktion Solinger Stadtzeitung tacheles; SOLINGEN AKTIV und Ratsgruppe; Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus; SOS Rassismus Solingen; Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.; VVN/BdA Solingen; ZukunftsWelten e.V. (Solingen).

Nazifrei - wir sind dabei.

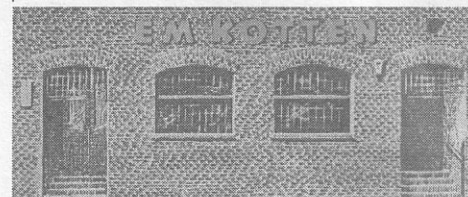
30. Mai, 15-18 Uhr, Clemens-Galerien.

Veranstaltung 15 Jahre nach dem Brandanschlag.

Theater, Fotocollagen, Kurzfilm, Musik (u.a. Arcanus Exitus, Sin Teth Nun, Ghost Signature), Infostände über den Brandanschlag und rechtsradikale Aktivitäten in der Klingenstadt.

Veranstalter: Jugendstadtrat und Bündnis für Toleranz und Zivilcourage in Kooperation mit dem Türkischen Volksverein, der DITIB-Moscheegemeinde, Bündnis Bunt statt Braun und Solinger Schulen.

EM



KOTTEN

Neumarkt 9

42651 Solingen

Tel.: 0212-15582

weitere Infos unter

www.em-kotten.de

Live Veranstaltungen

09.05.08 20 Uhr

Live Veranstaltung

Ricon & Rusty

House Progressive Night

Eintritt Frei

16.05.08 20 Uhr

Live Veranstaltung

Karaoke Show

Eintritt Frei

07.06.08 20 Uhr

Live Veranstaltung

The Poachers Live

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie,
Supervision, Coaching,
Gestalttherapie, Ausbildung

Beratung, Psychotherapie, Supervision,
Gruppenabende, Aus-/Weiterbildung

Schauen Sie doch mal meine Homepage an: www.friedel-geisler.de

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;

zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478.

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

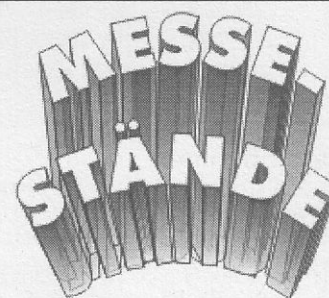
Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.

Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

eMail: info@friedel-geisler.de

Internet: www.friedel-geisler.de



Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert



alfa Messebau
Obere Holzstraße 14
42653 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59



REDE ZUM ARBEITNEHMEREMPfang AM 30.4.2008

Für einigen Wirbel sorgte bereits die in der lokalen Presse zitierte Forderung des Solinger DGB-Kreisvorsitzenden, der Stadtkämmerer Ernst Schneider solle wegen der verlustreichen Derivatgeschäfte zurücktreten. Unbeachtet blieben dagegen die Ausführungen, die Jörg Becker anlässlich des Arbeitnehmerempfangs sonst noch machte. Hier einige Auszüge daraus.

Derivate:

(...) Das Derivat-Geschäft der Stadt Solingen mit der Deutschen Bank ist weniger pikant und delikat, als vielmehr eine fahrlässige Zockerei mit dem Geld des Steuerzahlers. Wer wie Kämmerer Ernst Schneider argumentiert, die Stadt könne den Betrag in Höhe von 1,6 Mio. Euro im ersten Jahr der nun bei einer Laufzeit von zwei Jahren mit der Gewerkschaft vereinbarten Tarifierhöhung in Höhe von 8% nicht bezahlen, aber in genau gleicher Höhe Wertschulden bei der Deutschen Bank zu verantworten hat, klingt nicht glaubwürdig. Es ist wie bei dem Skandal um den vermeintlich seriösen Investor des Walder Rathauses immer das Gleiche: Schuldig sind stets nur die anderen, sei es ein anscheinend krimineller Immobilienhändler oder sei es die schlechte Beratung durch die Deutsche Bank. Warum fällt es Solinger Politikern so schwer, öffentlich Fehler zuzugeben und den Wähler öffentlich um Entschuldigung zu bitten? Spannenderweise spricht auch die Klageschrift der Anwaltskanzlei von Gerhart Baum der Stadt Solingen gegen die Deutsche Bank von "fehlender Fachkompetenz" auf Seiten der Stadt. Aber: Wer ist der Verantwortliche, dem diese Kompetenz fehlt und warum steht er nicht für uns alle sichtbar auf? (...)

Finanzen:

Immer wenn es um's liebe Geld geht, hören wir von der Stadtschulden die folgenden beiden Argumente: 1. Wir sind verschuldet und haben kein Geld. 2. Wir fällen unsere Finanzentscheidungen nicht nach politischen, sondern nach sachlichen Kriterien und wir handeln seriös und mit Fachkompetenz. Beide Argumente tragen jedoch wenig. Hier ist mit meinem Spezialfreund Joseph Ackermann zunächst einmal festzuhalten, dass "die Selbstheilungskräfte des Marktes" in der Tat nicht helfen. Als Gewerkschafter wissen wir das zwar schon seit langem, freuen uns aber darüber, dass das seit der Bankenkrise, die die öffentliche Hand rund 30 Mrd. Euro kosten wird, endlich auch der Kollege Ackermann gelernt hat. Wenn also 30 Mrd. Steuergelder zur Rettung von Banken vorhanden sind, dann mag und will ich nicht daran glauben,

dass öffentliche Gelder für Schulen, Kindergärten und Schwimmbäder fehlen. Nein, so blöd bin ich nicht. Und im Übrigen war es die rot-grüne Regierung Schröder, die die Staatsquote von damals rund 50% auf rund 43% zu Amtsbeginn der Regierung Merkel runter gefahren hat. Man muss sich also Kohlsche Zeiten zurück wünschen, um die von der öffentlichen Hand zu tragenden öffentlichen Aufgaben weiterhin finanzieren zu können! (...)

Arbeitslosenzentrum

Die Schließung der Arbeitslosenberatung im Arbeitslosenzentrum SALZ und die Weigerung der Hartz-IV-Behörde sowie der Stadt, dieser seit zwanzig Jahren gut funktionierenden Beratungsstelle in irgendeiner Form zu helfen, bestätigt die Politikssicht meines Sohnes. Man schreibt Armutsberichte, aber man tut nichts, denn offensichtlich ist unabhängige und parteinehmende Beratung im Sinne der Rechte und Interessen von Hartz-IV-Betroffenen nicht erwünscht. Statt die Probleme der ARGE, gegen deren Bescheide im Jahr 2007 knapp 2000 Widersprüche erhoben wurden und von denen sich rund 35 % als berechtigt herausstellten, zu beseitigen, werden nun gerade die Institutionen und Sozialberater "beseitigt", die diese Probleme beim Namen nennen. Warum einer nachgewiesenermaßen effektiv arbeitenden Einrichtung wie dem SALZ die Möglichkeit verwehrt wird, sich über Beratungsgutscheine der ARGE zu finanzieren, während man gleichzeitig verspricht, neue Beratungsstrukturen, die über Beratungsgutscheine finanziert werden sollen, aufzubauen, ist nicht nachzuvollziehen. Auch hier gilt im Übrigen die betriebswirtschaftliche Erkenntnis, dass die Zerschlagung von Humankapital einer 20 Jahre lang erfolgreich arbeitenden Institution ungeheuer teuer ist!

tacheles:

Seit nun vielen Jahren gilt in Solingen eine alte Verfügung des ehemaligen Stadtdirektors Ingolf Deubel, dass die Leitung der Stadtbücherei ein Exemplar der jeweils neuesten Ausgabe der Alternativzeitschrift "tacheles" auf ihre Unbedenklichkeit hin überprüfen und diese dann der Verwaltungsspitze melden muss, bevor von dort das ok kommt, dass "tacheles" in mehreren Exemplaren in der Lobby-Halle der Stadtbücherei zum kostenlosen Mitnehmen ausliegen darf. Seit 2007 darf tacheles dort nun gar nicht mehr ausliegen. Für mich hat dieser Vorgang kulturpolitisch ungefähr die gleiche Qualität wie das Verbot von Theateraufführungen von Bertolt Brecht in den frühen fünfziger Jahren. Noch mache ich den Vorschlag, aus dieser Angelegenheit kei-

nen großen Bo-Hai zu machen und diese presserechtlich unzulässige Vorzensur still und heimlich einfach aufzuheben. Ich werde allerdings nicht mehr lange darauf warten und werde meine dann sehr boshafte Häme über diesen Solinger Kleingeist dann nicht wie bei meinem Artikel über die SINAS AG in "tacheles", sondern in der "FAZ", in der ich häufig schreibe, unterbringen. (...)

Hartz-IV-Behörde handelt rechtswidrig

Anrechnung der Heizkosten für Warmwasser viel zu hoch

Wenn ALG-II- oder Grundsicherungs-EmpfängerInnen ihr Warmwasser über die Heizungsanlage und nicht etwa über einen elektrischen Durchlauferhitzer erwärmen, dann kürzt die Hartz-IV-Behörde ihre Leistung für Heizkosten um 16 Prozent. Begründung: Strom und Warmwasserenergiekosten sind in der Regelleistung enthalten. So werden zum Beispiel Frau S. aus Solingen für die 2007 bezahlten Heizkosten 150 Euro abgezogen und im nächsten Monat mit der ALG-II-Leistung verrechnet. Abgesehen davon, dass Frau S. dann in diesem Monat nur noch 74 Euro für Lebensmittel zur Verfügung hat, ist der Abzug für die Warmwasserkosten in etwa doppelt so hoch wie zulässig.

Das Bundessozialgericht hat am 27.02.2008 entschieden (B 14/7b AS 64/06 R), dass eine Kürzung von Heizkosten um den Warmwasseranteil nur in der Höhe erfolgen darf, in der solche Kosten bereits in der Regelleistung eingerechnet wurden. Dabei dürfte dieser Anteil im Regelsatz, nach Aussagen des BSG, etwa bei 6,22 Euro im Monat liegen.

Die Hartz-IV-Behörde wurde von der grün-offenen Ratsfraktion aufgefordert, ihre rechtswidrige Praxis zu beenden und alle diesbezüglich unrechtmäßigen Bescheide zu korrigieren.

Den Betroffenen wird geraten, soweit aktuell noch ein Widerspruch fristgemäß möglich ist, Widerspruch einzulegen, oder zu klagen. Für weiter zurückliegende Bescheide sollte ein Überprüfungsantrag gemäß § 44 SGB X gestellt werden. Mustertexte für solche Widersprüche sind über das Büro der grün-offenen Ratsfraktion erhältlich.

Frank Knoche

„DAS BESTE FÜR UNSERE KINDER“

Gespräch über Bildungsbenachteiligung und Privatschulen

Die Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die strukturelle Benachteiligung der MigrantInnen am Arbeitsmarkt sind Fakten, die niemand mehr leugnen kann. Dennoch geht es bei der Debatte um eine hier in Solingen zu gründende türkische Privatschule lediglich einigen SPD- und Grünen - PolitikerInnen darum, das gegenwärtige Schulsystem in seiner Gesamtheit in Frage zu stellen. Von ihnen wird die angestrebte Gründung von Privatschulen generell kritisiert - und nicht nur deshalb, weil es sich um eine Initiative des etwas fragwürdigen Spektrum Bildungsvereins handelt

Für die hier lebenden Menschen ausländischer Herkunft bleibt die Situation jedoch weiterhin unbefriedigend. Ungeduldig wird mit den Hufen gescharrt. Wann wird das dreigliedrige und ungerechte an der sozialen Herkunft orientierte Schulsystem endlich aufgehoben? Solange dies nicht geschieht, müssen wir mit der Gründung weiterer Privatschulen rechnen - denn bei Betrachtung der Solinger Statistik zeigt sich, dass lediglich 5,4 % nichtdeutsche SchülerInnen die Solinger Gymnasien besuchen, 15,7 % die Realschulen, aber ganze 41,1 % nichtdeutsche SchülerInnen an den Hauptschulen zu finden sind. *tacheles* sprach mit der Berufsschullehrerin und Mitglied der Solinger Grünen Angelika Witoch.

tacheles: Angesichts dieser Zahlen, lässt sich doch das Ansinnen vom Spektrum Bildungsverein nachvollziehen, hier ein privates türkisches Gymnasium zu gründen - oder?

Angelika Witoch: Natürlich lässt sich dies nachvollziehen, denn als Lehrerin aber auch als grünes Parteimitglied setze ich mich nachdrücklich für eine gleiche und gerechte Förderung aller Kinder ein. Fraglich ist nur, ob ein Gymnasium geeignet erscheint, gerade diese Förderung allen Kinder zukommen zu lassen. Denn ein Verteilen der Kinder nach Klasse 4 ist pädagogisch vollkommen unsinnig.

tacheles: Welche Alternative gibt es denn, der Bildungsbenachteiligung von Kindern mit

Migrationshintergrund bzw. Kindern aus sozial benachteiligten Schichten entgegen zu treten?

Angelika Witoch: Die Wissenschaft gibt hier eindeutige Antworten: Nur das gemeinsame Unterrichten aller Kinder möglichst bis Klasse 10 hilft nicht nur Kindern mit Migrationshintergrund, sondern allen Kindern die Schwierigkeiten in unserem Schulsystem haben. Es ist bekannt, dass sich neben Österreich nur Deutschland den Luxus des frühen "Aufteilens" leistet. Die Folgen sind bekannt, man denke an Pisa.

Trotzdem ist natürlich eine parallele Förderung von Kindern mit Migrationshinter-



grund erforderlich. Neben einer besonderen Förderung bereits im Kindergartenbereich muss dies aber im bestehenden Schulsystem integrativ erfolgen. Aus anderen Ländern wissen wir, dass diese Vorgehensweise gute Erfolge hat.

Ich kann mir darüber hinaus vorstellen, eine Gesamtschule anzubieten, die einen bilingualen Zweig mit der Sprache Türkisch anbietet.

tacheles: Aber was heißt differenzierter und integrierter Unterricht konkret? In welcher Weise würde sich mit solch einem Konzept der Unterricht verändern und müssten die LehrerInnen anderes ausgebildet werden?

Angelika Witoch: Nicht nur die LehrerInnen müssten anders ausgebildet werden, auch die Rahmenbedingungen müssten verändert werden.

Zunächst müsste das individualisierte Lernen in den Fordergrund gestellt werden. Jedes Kind muss so gefördert werden, dass auf der einen Seite Defizite ausgeglichen werden, auf der anderen Seite aber besondere Kompetenzen unterstützt werden.

Dazu benötigt man sicherlich kleinere Klassen, eine Auflösung des Stundentaktes - kurzum eine veränderte Schulwirklichkeit. Dies würde dann nicht nur den Kindern mit Migrationshintergrund helfen, sondern allen Kindern!

tacheles: Einer Studie des Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn von 2006 zur Folge, bleiben Migranten trotz erfolgreicher Schulabschlüsse am Ausbildungsmarkt und später nach erfolgreichen Ausbildungsabschluss beim Eintritt in den Arbeitsmarkt gegenüber deutschen AbsolventInnen erheblich benachteiligt. Je höher der Bildungsabschluss, desto schwieriger ist es für MigrantInnen im Vergleich zu deutschen AbsolventInnen eine ihrer Qualifikation entsprechende berufliche Position einzunehmen. Schauen wir uns die Führungspositionen allein bei der Stadt Solingen an, bestätigen sich diese Ergebnisse einmal mehr.

tacheles: Kannst Du dennoch etwas Ermutigendes sagen?

Angelika Witoch: Das mag sicherlich stimmen. Trotzdem haben die SchülerInnen in unserem die besten Chancen, die einen guten Schulabschluss aufweisen. Außerdem kann es sich unser Land schlicht und ergreifend nicht mehr leisten, Kompetenzen von SchülerInnen brach liegen zu lassen, denn die Wirtschaft wird demnächst verstärkt gut ausgebildete jungen Menschen brauchen. Ich hoffe, dass dann alle Jugendlichen ihre Chance bekommen und Herkunft, Religion und Nationalität keine Rolle mehr spielen werden.

tacheles: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Eva Thomas

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus

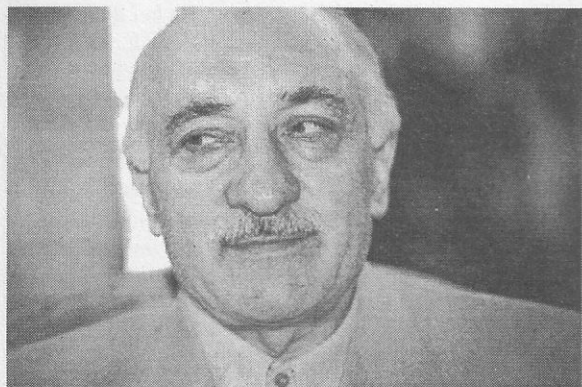
Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen
solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



FETHULLAH GÜLEN UND SEINE SCHULEN

Die Gründung eines privaten türkischen Gymnasiums in Solingen würde nicht nur zu einem Problem Solingens werden, sondern zu einem deutschlandweitem Problem führen.



Diese Schulen entsprechen den strengen Normen der islamisch orientierten Organisation des Fethullah Gülen.

Fethullah Gülen gehört der "Nurcu"-Sekte an. Er ist ein religiöser islamischer Fanatiker, dessen Ziel es ist, die ganze Welt zu islamisieren. In seinen Predigten sagt er: "Die Menschheit wird erst rein sein, wenn alle zum Islam übertreten." Um dieses Ziel zu erreichen, braucht er gut ausgebildete Anhänger. Mit Hilfe dieser Schulen will Fethullah Gülen die Schüler islamisch fanatisch ausbilden und sein Ziel erreichen.

Sobald genügend Anhänger mobilisiert werden können, wird Fethullah Gülen die Macht an sich reißen. Die Schulen sind nicht für die Förderung des allgemeinen Wohls türkischer

Jugendlicher gedacht, sondern die besten, klügsten und die organisationsnahen Jugendlichen sollen dort aufgenommen und gefördert werden, also Schüler aus deutschen Real-

schulen und Gymnasien. Ein weiteres Ziel ist es, die Schulgebäude auch als Vereinsräume zu nutzen, so wird keine Aufmerksamkeit geweckt während der geheimen Versammlungen. Diese Versammlungen werden als Elterntreffen dargestellt. Noch ein Ziel ist es, die Jugendlichen unter Kontrolle zu halten. Sie werden beobachtet und ideologisch erzogen. Ihre Berufswahl wird von der Organisation vorgegeben, die Schüler haben also keine Möglichkeit, selbst den späteren Beruf auszuwählen. Somit werden die Schüler in wichtige Berufs-

felder eingeteilt, zum Beispiel als Lehrer, Polizist, Arzt, Politiker, Gewerkschaftler, Ingenieur, Theologe oder ins Militär.

Ihre Aufgabe ist es, sich in ihren Berufen zu Schlüsselpositionen hochzuarbeiten und wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist, aktiv zu werden. Fethullah Gülen besitzt auch ein großes Finanzkapital und vielen Medien. Ihm gehört die Asya (Asien) Bank, die Isik (Licht) Häuser, der Fernsehkanal "Samanyolu" und die Tageszeitung "Zaman". Durch Diese Mittel finanziert er seine Schulen und verbreitet seine Ideologien. Die Bewegung nutzt Gesetzeslücken aus, um ihre Ziele umsetzen zu können.

Durch ihre getarnte Gleichberechtigung, und Lügen, nutzen sie die Gutmütigen deutschen Menschenrechtler und die in der Migrantenarbeit aktiven Persönlichkeiten für ihre Ziele aus. Eines muss klar sein. Diese Menschen sind weder für Menschenrechte, Gleichbehandlung, Frieden noch für Integration, Religionsfreiheit oder das Zusammenleben mit Andersdenkenden.

Dereza

Informationen über Fethullah Gülen

(...) Der Wert des Menschen bemisst sich nach der Güte seines Verhältnisses zu Gott und nach der Dauerhaftigkeit seiner aufrichtigen Beziehungen zu Ihm. Ein Körper in Menschenform, der von fleischlichen Begierden vergiftet und Gott entfremdet ist, ist weniger wert als Schlamm, selbst wenn er mit Gold, Silber oder Satin herausgeputzt ist. (...)

Quelle: Ein sehnlicher Wunsch. In: Die Fontäne. Nr. 36., April-Juni 2007. www.fontaene.de/archiv/nr-36/ein.html

"Hinter den Fatih-Schulen steht eine weltweit agierende türkisch - islamische Bildungsbewegung, gesponsert von ihr nahe stehenden Unternehmern. Baut neue Schulen statt neue Moscheen!, predigt Fethullah Gülen, der geistige Vater und Namensgeber. Nur durch mehr weltliches Wissen könnten die Muslime ihre Abhängigkeit vom Westen überwinden. Mit Schulen von Tansania bis China, viele in den Turkstaaten Zentralasiens, wirbt die Bewegung um die örtlichen Eliten. Sie sollen die Türkei als Modell sehen, und auch der Islam soll sich international rehabilitieren unter Führung einer starken Türkei.

Ein solcher Nationalismus gefällt dem türkischen Staat einerseits. Andererseits fürchtet er, die schlaun Fethullahis könnten nach den Schalthebeln der Macht greifen."

Quelle: Die Zeit Nr. 33 vom 10.08.06

"Man muss die Stellen im Justiz- und Innenministerium, die man in seine Hand bekommen hat, erweitern. Diese Einheiten sind unsere Garantie für die Zukunft. Die Gemeindemitglieder sollten sich jedoch nicht mit Ämtern wie zum Beispiel denen der Richter oder Landrat begnügen, sondern versuchen, die oberen Organe [Oberste Gerichtsbarkeit des Staates] zu erreichen. Ohne Euch bemerkbar zu machen, müsst Ihr immer weiter voran gehen und die entscheidenden Stellen des Systems entdecken. Ihr dürft in einem gewissen Grad mit den politischen Machthabern und mit den Menschen, die einhundertprozentig gegen uns sind, nicht in einen offenen Dialog eintreten, aber ihr dürft sie auch nicht bekämpfen. Wenn sich unsere Freunde zu früh zu erkennen geben, wird die Welt ihre Köpfe zerquetschen und die Muslime werden dann Ähnliches erleben wie in Algerien. Die Welt hat große Angst vor der islamischen Entwicklung. Wir müssen uns sehr vorsichtig verhalten. Diejenigen von uns, die sich in diesem Dienst befinden, müssen

Fortsetzung auf Seite 8



STADTENTWICKLUNG ALS INVESTORENPLANUNG

BÜRGERBETEILIGUNG? FEHLANZEIGE!

Fortsetzung von Seite 7

sich so wie ein Diplomat verhalten, als ob sie die ganze Welt regieren würden, und zwar so lange, bis Ihr diese Macht erreicht habt, die Ihr dann auch in der Lage seid, mit eigenen Kräften auszufüllen, bis Ihr im Rahmen des türkischen Staatsaufbaus die Macht in sämtlichen verfassungsmäßigen Organen zu eurer Front gezogen habt. Jeder andere Schritt wäre verfrüht."

Am 18.6.1999 in der Hauptnachrichtensendung des privaten türkischen Nachrichtensenders a-tv gezeigtes Videoband mit einer Rede von Fethullah Gülen.

Quelle: Ozan Ceyhun (Hg.) Politik im Namen Allahs. Der Islamismus - eine Herausforderung für Europa.
http://www.cejhun.de/download/politik_im_namen_allahs

(...) "Fethullah Gülen herrscht inzwischen über ein beeindruckendes Imperium: 200 Stiftungen in 54 Ländern, darunter die türkische Stiftung der Journalisten und Schriftsteller in der Türkei. Über 460 Reputitorien (Dershanes), rund 200 Privatschulen und 500 Studentenheime, die Fatih-Universität in Istanbul, fünf Universitäten in Mittelasien, wie die Fatih-Universität in Kasachstan, die Kaukasus-Universität in Aserbeidschan, 17 Vereine von Kaufleuten in der Türkei, die die Bewegung unterstützen, 500 Firmen weltweit, darunter 56 Großfirmen, unter anderem Ex- und Importfirmen und Versicherungsanstalten. Von Singapur über die Turk-Republiken in Mittelasien, von Nigeria bis Kanada gehören weitere 250 Privatschulen und 21 Studentenheime zum Imperium der Fethullah-Bewegung." (...) "Die Bewegung Fethullah Gülen ist nicht nur islamistisch, sondern auch ausgeprägt nationalistisch. Den regionalen Schwerpunkt bilden deshalb neben der Türkei die zentralen Turk-Republiken."

Quelle: Ozan Ceyhun (Hg.) Politik im Namen Allahs. Der Islamismus - eine Herausforderung für Europa.
http://www.cejhun.de/download/politik_im_namen_allahs

"Besuch einer von vielen privaten Schulen, die in der Erneuerungsbewegung nach den Empfehlungen Fethullah Gülen gegründet wurden."

Quelle: Aus dem Reiseprogramm
www.spektrum-solingen.de/index.php?page=74&pdfview=1

Es ist nicht so, dass man es nicht hatte kommen sehen. Die Entscheidung hatte einen langen Vorlauf. Im Jahr 2005 wurde der Verkauf vieler Karstadt-Filialen bekannt. Am 24.8.2005 erklärt ein Karstadt-Vorstandsmitglied, das Solinger Haus werde eine "Projektfiliale", bis mindestens 2008 bleibe es geöffnet, bis dahin habe es die Chance, wieder positive Zahlen zu schreiben. Schon zu diesem Zeitpunkt war klar, dass Karstadt vor allem die hohen Immobilienkosten loswerden wollte und einen Käufer für die Immobilie suchte. Im Frühjahr 2006 wurde die Schließung der Solinger Karstadt-Filiale für Ende 2006 verkündet, Karstadt hatte seine Zusagen vergessen. Der engagierte Kampf der 120 Beschäftigten und die große Solidarität der Solinger Bevölkerung erbrachten in kürzester Zeit 16.000 Unterschriften gegen die Schließung. Der Protest der Solinger Kommunalpolitik gipfelte in der Drohung, mit einer Ratsdelegation vor den Türen der Karstadt-Aktionärsversammlung gegen diesen Wortbruch zu protestieren. Dies brachte Karstadt zum Umdenken, noch im Sommer 2006 wurde die Einhaltung der alten Zusage, die Öffnung bis 2008 erklärt. Klar war aber allen Beteiligten, dass die Zukunft insbesondere der Immobilie völlig ungeklärt war. Spätestens seit dieser Zeit wurden intensive Gespräche der Stadt mit Karstadt und möglichen Kaufinteressenten über die (auch baurechtliche) Zukunft des Grundstücks geführt. Jedoch wurden weder die Kommunalpolitik noch die BürgerInnen bei der Frage beteiligt, was aus diesem zentralen City-Bereich werden sollte. Obwohl die Grünen mehrfach die Beteiligung der Kommunalpolitik an der Neugestaltung des Geländes einforderten, unterblieb dies, bis alles in trockenen Tüchern war. Am 30.11.2007 erklärte Karstadt, dass der Projektentwickler HLG das Objekt kaufen wolle, "Die Planung zur Errichtung des Einkaufszentrums befindet sich aktuell in der Konzeption." Die Vorlage des neuen Immobilienkonzeptes sei Anfang Januar 2008 zu erwarten. Am 18.2.2008 wurde im Stadtplanungsausschuss die Planung für den neuen "Hofgarten" vorgestellt. Am 10.3.2008 beschloss dieser gegen die Stimme der Grünen und von FDP-Mitglied Bickenbach dem Vorentwurf zur Neufassung des Bebauungsplanes zuzustimmen.

15 % mehr Einzelhandelsfläche bewirkt Verdrängungswettbewerb

Wie sieht nun der neue Bebauungsplan aus? Der Investor plant den Komplettabriss der Immobilie samt Turmhotel, diese Gebäude sind wohl kein Verlust für Solingen. Das neu

zu errichtende Gebäude und insbesondere die vorgesehene Verkaufsflächengröße jedoch haben es in sich:

- Das neue Einkaufszentrum beinhaltet ca. 18.000 m² Einzelhandelsfläche, Karstadt nutzte bisher ca. 10.000 m². Verstärkend ist davon auszugehen, dass im neuen Zentrum mit seinen ca. 50 Einzelhandelsgeschäften pro m² ein höherer Umsatz als bei dem bestehenden Warenhauskonzept erzielt wird. Die derzeit 51.300 m² Verkaufsfläche in der Solinger Innenstadt würden auf 59.300 m² gesteigert, dies ist ein Zuwachs von ca. 15 %. Eine von der Stadt geforderte und im Auftrag und mit Bezahlung des Investors erstellte "Einzelhandelsverträglichkeitsstudie" wurde den Ausschussmitgliedern erst am 26.4.2008 zugestellt, obwohl sie auf März 2008 datiert ist. Zur Ausschusssitzung am 10.3.2008 wurde den PolitikerInnen lediglich das "Fazit" dieses Gutachtens vorgestellt, während sie den Hauptteil des Gutachtens 7 Wochen nach dem zustimmenden Ausschussbeschluss und 3 Wochen nach der Bürgerbeteiligung zur Verfügung gestellt bekamen. Im Fazit heißt es nebulös: "In Bezug auf die Innenstadt von Solingen würde sich der Konkurrenzdruck insbesondere im kurzfristigen Bedarfsbereich (...) spürbar erhöhen. Kleinräumige Standortverlagerungen innerhalb der Innenstadt sowie betriebsbeeinträchtigende Wirkungen bei einzelnen Betrieben sind nicht auszuschließen." Und weiter, beruhigend: "Ein Funktionsverlust des Bereichs um die Clemens-Galerie sowie der Hauptstraße wäre aus Gutachtersicht selbst ohne Berücksichtigung der langfristigen Folgeinvestitionen nicht zu erwarten."

Im erst nach den wesentlichen Vorentscheidungen zur Verfügung gestellten Gesamttext des Gutachtens wird dann deutlicher gesprochen: Bei einer möglichen Ansiedlung eines weiteren Elektrofachmarktes im neuen Zentrum "würde der Wettbewerbsdruck auf die sonstigen Elektroanbieter deutlich höher. Betroffenen wären Expert Schulte und insbesondere Quelle." Für Letztgenannten könne auch eine Betriebsaufgabe "nicht ausgeschlossen werden, wodurch ein größerer Leerstand in der südlichen Hauptstraße entstehen könnte. Angesichts der hier festzustellenden Trading-Down-Tendenzen scheint eine Nachvermietung nicht ganz unproblematisch." Und weiter: "Die zu erwartenden Umverlagerungswirkungen im Bekleidungssektor werden tendenziell eher zu Lasten der Bekleidungsanbieter in und um die Clemens-Galerien und der mittleren und nördlichen Hauptstraße gehen."

Im Gutachten wird behauptet, man könne mit dem Konzept die Solinger aus den Einkaufszonen in Köln und Düsseldorf zurückholen



und neue Kunden aus dem Umland gewinnen. Betrachtet man jedoch den massiven Überhang an Einzelhandelsflächen in Deutschland und die neuen Einkaufszentren, die in vielen Nachbarstädten errichtet werden, ist eher eine Verlagerung hin zum neuen "Hofgarten" bei gleichzeitigem Ausbluten wichtiger Teile der Innenstadt zu erwarten. Nicht wenige SolingerInnen haben die Befürchtung, dass die Erhöhung der Verkaufsfläche der Innenstadt um 15 % durch das neue Einkaufszentrum einen massiven Verdrängungswettbewerb auslösen wird, der besonders den Einzelhandel in der Unteren und Oberen Hauptstraße und in den Clemensgalerien stark beeinträchtigt.

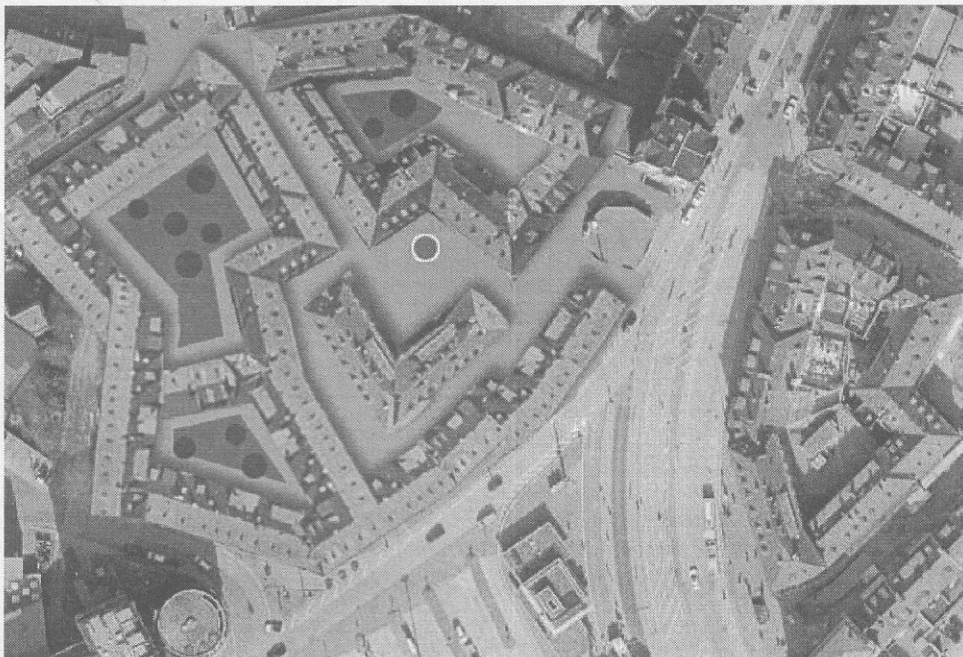
- Dass der Investor ultimativ und erfolgreich verlangen kann, den Hedderich-Pavillon abzureißen, macht deutlich, welchen Stellenwert Denkmalschutz in der neoliberalen Stadt noch hat. In der Solinger Innenstadt gibt es ganze vier Denkmäler. Nach Auskunft des Solinger Denkmalpflegers gibt es im Rheinland noch 5 bis 6 Pavillons, die aber alle nicht die Qualität des Hedderich-Pavillons haben. Auch das Rheinische Amt für Denkmalpflege, die obere Denkmalbehörde, will den Erhalt. Der Investor und mit ihm die Stadt und die Mehrheitspolitiker spekulieren jedoch darauf, dass Bauminister Wittke (CDU) seinen Segen zum Abriss geben wird.

- Das neue Einkaufszentrum wird sich zur Weyersberger Straße und zum Weyersberg hin mit einer ca. 30 Meter hohen und ca. 100 Meter breiten Fassade darstellen und damit für die AnwohnerInnen noch bedrückender als die bisherige Karstadt-Rückseite wirken.

Die Bürger werden erst beteiligt, wenn alles entschieden ist

Am 3.4.2008 fand, nachdem alle wichtigen Vorentscheidungen gefallen waren, eine so genannte "frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung" statt. Die Versammlung begann um 19.05 Uhr. Zahlreiche BürgerInnen waren erschienen. Zunächst sprachen 68 Minuten lang die Befürworter der Planung (Bezirksvorste-

Statt Hofgarten: eine etwas andere Vision von Harald Gottfried, Solingen



herin, Baudezernent, Leiter Stadtdienst Planung, Investor, Architekt, vom Investor beauftragter Einzelhandelsgutachter). Um 20.13 Uhr kamen die ersten BürgerInnen zu Wort. Aber auch hierbei gab es eine geschickte Regie: Es durften immer nur drei BürgerInnen sprechen, dann reden jeweils Vertreter der Verwaltung und/oder des Investors. Diese hatten vorne am Podium immer ein tragbares Mikrofon, die BürgerInnen mussten zu dem einzigen Saal-Mikrofon gehen, schon dies schreckte einige ab. Die 15 BürgerInnen, die nach 20.13 Uhr sprechen durften, hatten dafür zusammengerechnet 26 Minuten Zeit, während die Planbefürworter für die umgehende Entgegnung weitere 31 Minuten in Anspruch nahmen. Um 20.59 Uhr sagte Frau Nagy (Bezirksvorsteherin): "Ich möchte nach den letzten Wortmeldungen die Diskussionsrunde beenden." Und: "Ich bitte Sie, sich wirklich kurz zu fassen!" Am Ende der Veranstaltung fasste sie sich ein Herz: "Ich bin ja

froh, dass so wenig Widerspruch gekommen ist."

Eine geschickte Regie hatte alles dafür getan. Weil die Ratsmehrheit den Investor als Retter der Solinger Innenstadt feiert, werden Bedenken wegen der überhöhten Verkaufsfläche oder wegen eines lästigen Denkmals zurückgestellt. Es wird fälschlicherweise so getan, als habe die Stadt keinerlei Einfluss auf das Projekt, da das Grundstück ja einem Privaten gehört. Der Stadtrat hat aber die demokratisch legitimierte Aufgabe und Möglichkeit, über die Bauleitplanung die Stadtentwicklung zu steuern. Verpasst wurde in diesem Prozess wieder einmal die Chance, mit den BürgerInnen frühzeitig öffentlich über die Ziele und über mögliche Alternativen für die Bebauung dieses wichtigen großen Grundstücks in zentraler Innenstadtlage zu diskutieren. Durchgesetzt hat sich ein Verständnis von Stadtentwicklung als Investorenplanung

Dietmar Gaida



amnesty
international



ai

Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen

STELLUNGNAHME ZUM „ARMUTSBERICHT FÜR SOLINGEN“

Seit dem 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2001 gab es von Seite der Kirchen, einzelner Solinger Persönlichkeiten und vieler Ratsmitglieder Anfragen an OB Franz Haug, auch für Solingen einen solchen Bericht zu erstellen. Immer wieder wurde getröstet - aber immerhin: 6 Jahre nach dem Bericht der Bundesregierung und 17 Jahre nach dem ersten Suhrkampfbändchen "Armut im Wohlstand" von 1990 liegt ein "Armutsbericht für Solingen" endlich vor.

2. Konzeptionell unterscheidet sich der Solinger Bericht in einem ganz wesentlichen Punkt von dem Bericht der Bundesregierung, da sich der Solinger Bericht nur mit Armut beschäftigt, während sich der Bundesbericht nicht nur mit Armut, sondern auch mit Reichtum auseinandersetzt. Und insofern liegen hier konzeptionell zwei völlig verschiedene Berichte vor. Das ist fahrlässig, da sich Armut und Reichtum gegenseitig bedingen.

3. Werden Rathäuser verkauft, Schwimmbäder geschlossen und Stadtwerke fusioniert, dann sprudelt wie selbstverständlich der Finanztopf der Stadtverwaltung für Experten und Gutachter. Während es als normal angesehen wird, wenn die Stadtwerke 1,2 Mio. Euro für Gutachter in der gegenwärtigen Fusionsfrage ausgeben, so scheint es auch normal zu sein, wenn die Stadt für diesen Armutsbericht keinen einzigen Cent ausgeben und ihn "lediglich" von Mitarbeitern des Stadtdienstes Sozialplanung hat durchführen lassen. Gemessen an diesen finanzpolitischen Prioritäten ist der Stadt Solingen dieser Bericht nicht viel wert.

4. Ein "Armutsbericht für Solingen" kann dem Rat, der Stadtverwaltung und der Stadtspitze Anregungen zur Lösung von sozialen Problemen geben. Wenn ein solcher Bericht jedoch von Mitarbeitern der Stadtverwaltung und nicht von unabhängigen Experten geschrieben wird, steht von Anfang an zu vermuten, dass dieser Bericht nur wenig kritisch sein kann.

5. Der "Armutsbericht für Solingen" liest sich über weite Strecken wie eine akademische Seminararbeit und ist deswegen für die praktische, konkrete Kommunalpolitik nur wenig hilfreich. Nach rund zwanzig Jahren Armutsforschung in Deutschland sind deswegen die ersten zwanzig Seiten Definitionsarbeit zum Begriff Armut überflüssig.

6. Der "Armutsbericht für Solingen" stützt sich lediglich auf vorhandene Statistiken, kann sich aber nicht auf eigens für diesen Bericht erhobene Daten stützen. Das führt notwendigerweise dazu, dass vorhandene Daten fehlinterpretiert oder in neue Interpretationszusammenhänge hinein gezwängt werden. Und wenn man keine neue Daten hat, dann kann man dem folgenden Satz nicht wider-

sprechen: "Absolute Armut in Solingen lässt sich nicht an konkreten Zahlen festmachen." Klar: Wenn man nur eine Statistik über Birnen hat, dann lassen sich über Äpfel keine Aussagen machen. Freilich heißt das nicht, dass es Äpfel in Solingen nicht gibt.

7. Will man zuverlässige Angaben über Armut erheben, dann kann es nicht nur Forschung über Arme, sondern nur Forschung mit Armen geben. Die aber fehlt im Solinger Bericht völlig. In zukünftigen Armutsberichten gilt es also die Objekte von Forschung in den Rang von Subjekten zu erheben. Diese Forderung ergibt sich nicht nur aus forschungsethischen Gründen, sondern auch aus Gründen der Qualität der Ergebnisse.

8. Trotz all dieser Vorbehalte seien einige Ergebnisse (für verschiedene Jahre) festgehalten:

- Statistik: 833 Haushalte erbaten die Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe um Unterstützung (Energie- und Mietschulden, Zwangsräumung, private Verschuldung), 7.629 Personen erhielten Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz, 1.006 Personen erhielten Leistungen im Alter bei Erwerbsicherung, 8.260 Personen bezogen Wohngeld, 15.296 Personen bezogen Geld wegen Arbeitslosengeld II, 1.432 Personen erhielten finanzielle Unterstützung wegen Grundsicherung im Alter bei Erwerbsminderung und 204 Personen waren Hilfeempfänger aus weiteren Gründen.

- Risiko: Das Risiko, in Solingen (oder woanders) arm zu werden, steigt bei Arbeitslosigkeit, bei vielen Kindern, bei mangelnder Qualifikation, bei Scheidungen, bei Migranten und bei fehlenden Schul- und Berufsabschlüssen.

- Schulden: In Solingen sind 6,2 Prozent der Bevölkerung verschuldet. Damit erzielt Solingen bundesweit das schlechteste Ergebnis.

9. Ein besonders Augenmerk widmet der Bericht der Kinderarmut in Solingen. Positiv hervor zu heben ist an dieser Stelle, dass der Bericht auch auf nicht-materielle Armut eingeht. Auch zur Kinderarmut einige Ergebnisse:

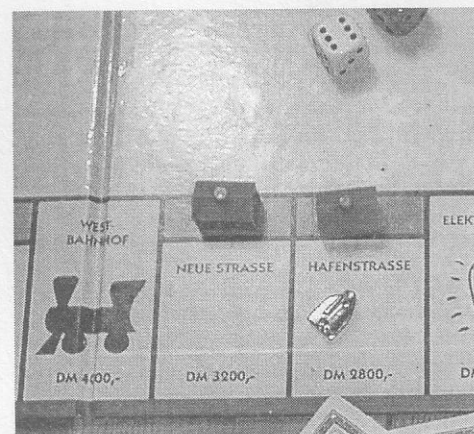
- Statistik: Kinderarmut zeigt sich in Solingen als eingeschränkte materielle Grundversorgung, in verminderten Bildungschancen, schlechterer Gesundheit und geringerer sozialer Teilhabe. Das betrifft in Solingen (je nach Statistik) zwischen 3.200 und 7.300 Kinder.

- Nicht-materielle Armut heißt z. B.: Bildungsbenachteiligung, Aufwachsen ohne kulturelle Aktivitäten, soziale Vereinsamung, falsche Versorgung mit statusträchtigen Konsumgütern, Aufwachsen ohne

emotionale Beziehung

- Wohnraum: "Eine Vielzahl von Kindern lebt in beengten, zum Teil prekären und damit unzumutbaren Wohnverhältnissen."
- Gesundheit: Knapp 11 Prozent aller Kinder leiden an Übergewicht.
- Schulabschluss: Rund 8 Prozent aller deutschen und rund 17 Prozent aller Kinder mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne einen Hauptschulabschluss.

10. Armutsbekämpfung macht nur dann Sinn, wenn man sie von Grund auf bekämpft. Tut man das nicht, betreibt man nur eine mühsame Mangelverwaltung. Das aber ist mit dem DGB nicht zu machen. Man hätte diesem Bericht zumindest an der einen oder anderen



Stelle eine klein wenig Kapitalismuskritik gewünscht! Wer wie CDU und SPD seit vielen Jahren den Sozialabbau fördert, die Staatsquote senkt, das Problem der Arbeitslosigkeit nicht ernsthaft angeht (Automatisierungssteuer, Kürzung der Arbeitszeit), die Bildungslandschaft vergammeln lässt, immer weniger Finanzmittel für Forschung & Entwicklung bereit stellt, die Binnennachfrage schwächt und eine Steuerpolitik zugunsten der Arbeitgeberseite betreibt, darf sich beim besten Willen nicht über ansteigende Armut wundern.

11. Das größte Manko des Solinger Armutsberichtes besteht freilich darin, dass er keinerlei Handlungsperspektive enthält. Für den DGB in Solingen steht fest, dass er seine Wahlprüfsteine bei der Kommunalwahl 2009 auch daran ausrichten wird, welche politische Partei im Rat der Stadt Solingen bereit ist, wesentlich mehr Geld als bisher zur aktiven Bekämpfung von Armut in Solingen auszugeben. Auch die fortschreitende Privatisierung kommunalen Eigentums fördert Armut insofern, als sie bei dann teureren Entgelten für privatisierte Dienstleistungen (z. B. teureres Spaß- und Wellnessbad) eine steigende Zahl von Menschen von der Teilhabe an diesen Dienstleistungen aussperrt.

Jörg Becker,
DGB-Kreisvorsitzender



Aus der Perspektive der Wuppertaler DemonstrantInnen der 1. Mai-Demo war das Motiv für den Polizeieingriff vorgeschoben und die Art und Weise, wie mit den DemonstrantInnen verfahren wurde eine historische Besonderheit. Um auch der Perspektive der DemonstrantInnen einen Raum zu geben, dokumentieren wir aus aktuellem Anlass einige Auszüge aus einer Pressemitteilung die uns anonym zugesandt wurde.

PRESSEMITTEILUNG:

„Massenfestnahmen von über 200 DemonstrantInnen in Wuppertal!

Zum ersten Mal nach 22 Jahren ist die Wuppertaler Autonome 1. Mai Demo von uniformierten Schlägertrupps aus Wuppertal, Duisburg und Bielefeld überfallen und zerschlagen worden.

Über 200 Menschen wurden verhaftet und bis in die Nacht in improvisierten Gefangensammelstellen festgehalten und nach Wuppertaler Polizeiart zum Teil beschimpft, beleidigt und misshandelt. Diese Massenfestnahme ist die größte Massenverhaftung in Wuppertal seit 1945.

Das ist die Krönung der polizeilichen Übergriffe der letzten beiden Jahre auf eine Demonstration, die seit 1986 in Wuppertal unterschiedliche Spektren der Linken gegen soziale Ungerechtigkeit auf die Straße bringt. Unter dem sattnam bekannten Vorwand Vermummung und angeblich schwerster Straftaten (der frechen und dummen Lüge, es wäre Brennspritus auf Polizisten geworfen worden. Hier standen wohl die Lügen der Polizei in Heiligendamm Pate) wurde die Demo mit ca. 400 TeilnehmerInnen nach wenigen Metern angegriffen. Am Kosakenweg wurde der Kessel geschlossen, die ersten Reihen der Demonstration wurden massiv mit Pfeffergas besprüht und mit Knüppeln angegriffen. Es kam zu zahlreichen Verletzungen: Gehirnerschütterungen, Arm, Rippen und Fußbrüchen. Die späteren Festnahmen im Kessel wurden zu polizeilichen Übungszwecken von Greiftrüpps durchgeführt. Bei den Übungszugriffen kam es grundlos zum Teil zu erheblichen Verletzungen. DemonstrantInnen wurden brutal auf den Boden geworfen, geschlagen und getreten. Die unterbezahlten Straftäter in Uniform ließen es sich auch nicht nehmen DemonstrationsteilnehmerInnen zu bedrohen und zu beleidigen.

Der Angriff auf die Demonstration war wohl vorbereitet. Der Ort des Polizeikessels stand schon vorher fest. Dixieklos wurden nur kurze Zeit später aufgestellt, ein Bus der Stadtwerke wurde zusätzlich zum Gefangentransport und als Gefangensammelstelle misbraucht.

Die Verhafteten mussten zum Teil bis zu sieben Stunden bei Wind und Wetter draußen stehen. Die schlecht geölte Bürokratie des Polizeiterrors spuckte ihre letzten Opfer erst um 2:30 Uhr in der Nacht wieder aus.

(...) Dem Polizeipräsidenten, den verantwortlichen Polizeileitern und dem Polizeioberbürgermeister Jung, der in Wuppertal

keine Polizeigewalt kennt (Siehe sein Ausstellungsverbot), können sich auf einen bunten Widerstandssommer freuen. Höhepunkt werden mit Sicherheit unsere Störaktionen, Konzerte gegen Polizeigewalt und Demonstrationen auf dem NRW-Tag am 24. August 2008 in Wuppertal sein. Den können sich Jung und seine Provinzpolitiker in der Pfeife rauchen.

(...)P.S. alle Betroffenen können sich beim EA oder der RH melden

telefonisch unter 0202/455192 oder per Mail an ea-wuppertal@so36.net.

Zum Selbstverständnis der Autonomen 1.Mai Demonstration in Wuppertal:

Im Vorfeld gab es einige Diskussionen, ob wir den 1. Mai gemeinsam als Demo begehen sollen oder nicht. Die Forderung der Stadt- und Staatsmacht, die Demo soll angemeldet werden, steht seit einigen Jahren im Raum. Um dieses durchzusetzen, sehen wir uns einem immer hochgerüsteterem, mit Ganzkörperprotektoren, fiesen Knüppeln, Tränengas, auf Pferden reitendem mit scharfen Hunden und vielen Kameras bewaffnetem Polizeiapparat gegenüber. (...) Uns ist klar, dass es wahrscheinlich eine Illusion ist hier am 1. Mai sich ganz frei und selbstbestimmt bewegen zu können der Wanderkessel aus dem letzten Jahr ist uns allen noch in schlechter Erinnerung- und dennoch wollen wir uns nicht mit einer Anmeldung dem herrschendem Kontrollwahn unterordnen und damit zwangsweise willkürliche Grenzen von unmöglichen Demoaufgaben und Routen von Polizei und Stadt hinnehmen. Einen mit Namen zu benennenden Versammlungsleiter zu stellen fällt uns schwer, da wir bemüht sind uns in unseren Strukturen ohne Hierarchien und Mächte zu bewegen.

Auch die immer häufiger verteilten Platzverweise und Vertreibungen von Punks durch verschiedenste Ordnungskräfte in der Innenstadt fallen in die Kategorie der Kontrolle und des Angriffs auf unsere Lebenswelten.

Kontrolliert und geschnüffelt wird überall und immer mehr: mit Kameras in den Städten und auf öffentlichen Plätzen

– bei verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an Bahnhöfen und Grenzen

- beim Datenabgleich zwischen Sozial- und Arbeitsämtern
- vorbereitet durch die Einführung biometrischer Pässe, um all möglichen Verdachtsdateien einfacher führen zu können
- heimliches Ausspionieren von Computern usw....

Mit der Akzeptanz von Kontrollen und Verschlechterungen, nicht nur in öffentlichen Räumen, sondern auch auf der Arbeit, z.B. durch Bespitzelung wie bei Lidl, beim Studium durch unsägliche Studiengebühren, in der Schule beim frühen Sortieren zur Elite oder aufs Abstellgleis durch das mehrgliedrige Schulsystem, Zentralabitur nach zwölf Jahren, werden unsere Lebensfreude und unser Lebensmut angegriffen.

Das Aussortieren von MigrantInnen und Flüchtlingen durch Mittel wie Einreise- und Aufenthaltsverweigerung, Residenzpflicht, Lebensmittelgutscheine, um nur einigen Beispiele zu nennen, ist nicht hinnehmbar.

Das Kriminalisieren von Sperrmüllsammeln ist absurd und dennoch genauso bitterer Ernst wie die Schikanen von Hartz IV EmpfängerInnen und 1 Euro JobberInnen. Diese Liste kann noch weiter fortgeführt werden. Allein machen sie dich ein

Auch wenn der Text von Ton-Steine-Scherben schon etwas älter ist, hat er an Aktualität nicht verloren.

Schaffen wir gemeinsam Risse und Lücken um unsere Lebenswelten zu erweitern!

Lassen wir uns nicht durch Repression verschrecken!

Suchen wir kreativ nach alten und neuen Widerstandsformen und MitstreiterInnen!

Wir bleiben weiterhin unbequem, widerständig, aufässig, widerborstig, unbeugsam und manchmal unberechenbar!"

Frauen und
Café Courage
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35



Specialparties.

Freitag, 02.05. Disco

Vorabiparty

Gymnasium Schwertstraße
Start: 20 Uhr Eintritt: 5 Euro

Freitag, 09.05. Disco

Beat Circus

House, Electro
mit 'Tube & Berger' u.a.

Start: 22 Uhr
Eintritt: 7 Euro mit Flyer, 9 Euro ohne

Sonntag, 11.05. Disco

Beachparty

Tonnen von Sand & Karibik feeling
Start: 21 Uhr Eintritt: 5 Euro

Freitag, 16.05. Disco

Abiparty

Friedrich Albert Lange
Start: 20 Uhr Eintritt: 5 Euro

Mittwoch, 21.05. Disco

Abiparty

Humboldt Gymnasium
Start: 20 Uhr Eintritt: 5 Euro

Freitag, 23.05. Disco

minimolix

House, Electro, Minimal
Start: 22 Uhr Eintritt: 7 Euro

Mittwoch, 30.05. Disco

Studio 54

Die Party für Lesben, Schwule
& Freunde
Start: 21 Uhr Eintritt: 5 Euro

Donnerstag Disco

die wilde 13

Rock, Pop, Alternative, Classics
Start: 21 Uhr Eintritt: 4 Euro MVZ

1. Samstag Disco

Sweet Dreams

Die Nacht der 80er!

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro inkl. Getränk

2. & 4. Samstag Disco

Midlife Crisis

Die wohl erfolgreichste Ü-30
Party im Bergischen!

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro inkl. Getränk

3. Samstag Disco

Herz beißt Haifisch

Die coolibri Party!

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro

5. Samstag Disco

90 degrees

Die Nacht der 90er!

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro inkl. Getränk

Konzerte.

Texas Lightning

Donnerstag, 29.05.08

Einlass: 19 Uhr Start: 20 Uhr
Tickets: 28 Euro zzgl. Vvk.-Gebühren
an allen bekannten Vorverkaufsstellen

kultunews & Country Music News.de

www.getaway-online.de

gruppeninfos

AG Weiße Rose:

Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international:

Treff jeden 1. Mi. im Monat 20h, Kontakt 4 15 78

Anti-Hartz-Bündnis Solingen: c/o Café Courage

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bürgeraktion Contra Westtangent:

Kontakt Tel.: 1 78 45

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3,
42655 Solingen, geöffnet: Mi. 15-19h, Fr. 13-15h,
Tel.: 27 36 35

Café International: Treff jd. 1. Freitag im Monat,
19h, Wupperstraße 120

Cow Club: www.cowclub.de

Treff jeden Donnerstag 20h in der kantine /
COBRA, Tel.: 659 86 89,

DFG-VK Niederberg / Berg. Land: Beratung für
Kriegsdienstverweigerer,

Kontakt Hagü Weber Tel.: 7 48 09

Flüchtlingsberatung:

Mo. 19.5.2008 17-19 h, dann 14-tätig,

Café Courage

Förderverein Freibad Aufderhöhe:

Kontakt Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel.: Tel.: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. Tel.: 55470

Graue Panther: Eiland 17, 42651 Solingen

Informationsbüro Nicaragua:

Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Lesbentelefon: Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt:

Kontakt: Ursel Ullmann Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein:

www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de

Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 230 97 77

Solinger Appell/Forum gegen Krieg

und Rassismus: c/o: Café Courage,

Kontakt: solinger-appell@operamail.com

Treff: Do. 22.05.08, 20 h, dann 14-tätig

Stiftung W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de

Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal,

tacheles: www.tacheles-solingen.de

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, tachelesSG@wtal.de

Tauschring: Treff jeden zweiten Mo. im Monat

(außer Sommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-Welt-
Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39

Türkischer Volksverein:

Van-Meenen-Straße 1, Tel.: 20 48 45

Mo.-Fr. ab 15 h. Sa. u. So. ab 12 h Café, Mi.: Saz-

Kurs 17.30 h, Fr. 18.30h Kinderfolklore

Unterstützerkreis Stolpersteine

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.: 0212/ 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschisten:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.: 0212/ 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom,

Mohrenkamp 20, 42653 SG, Tel. 59 07

Fußballturnier am 7.-8. Juni 2008
in der Sportanlage Carl-Ruß-Straße
mit vielen internationalen Teams.
Veranstaltet von Anadolu Spor e.V.

bürgerfunk

Soweit nicht anders angegeben, beginnen die
Sendungen jeweils um 21.04 Uhr auf den
Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne /
99,95 MHz Kabel).

Bürgerfunk aus RS und SG im Internet:

http://www.buergerfunk.bland.de

Hier gibt es Informationen über die Studios,
Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-
Modell, Sendungen in RealAudio und vieles
mehr. Änderungen des Programms sind aus
technischen und sonstigen Gründen möglich.

Mai

01.05.2008	20:00	Kraftstation
02.05.2008	21:00	Radio BHS-RS
03.05.2008	21:00	Bassline
04.05.2008	20:00	Stimme der Senioren
05.05.2008	21:00	Behinderten Projekt
06.05.2008	21:00	Radiostammtisch
07.05.2008	21:00	Seniorentreff (Peters)
08.05.2008	21:00	Radio DMW
09.05.2008	21:00	Subotnix
10.05.2008	21:00	Catalpa
11.05.2008	20:00	Hangkeschmedden
12.05.2008	20:00	Rückblende
15.05.2008	21:00	Radio Jam
16.05.2008	21:00	Lautstark
17.05.2008	21:00	Chill Out
18.05.2008	20:00	Jugendstadtrat
19.05.2008	21:00	Metal Inquisition
20.05.2008	21:00	Ohrwerk
21.05.2008	21:00	Radio Vertikal
22.05.2008	20:00	2 Männer und Ich
23.05.2008	21:00	Radio Jam
24.05.2008	21:00	Metal Inquisition
25.05.2008	20:00	Snap
26.05.2008	21:00	Subotnix
27.05.2008	21:00	KBW
28.05.2008	21:00	Cowclub Radio

Juni

01.06.2008	20:00	Stimme der Senioren
03.06.2008	21:00	Radiostammtisch
05.06.2008	21:00	Kraftstation
06.06.2008	21:00	Radio BHS-RS
07.06.2008	21:00	Bassline
08.06.2008	20:00	Hangkeschmedden
09.06.2008	21:00	Rückblende
12.06.2008	21:00	Radio DMW
14.06.2008	21:00	Catalpa
15.06.2008	20:00	Jugendstadtrat
16.06.2008	21:00	Metal Inquisition
17.06.2008	21:00	Ohrwerk
18.06.2008	21:00	Radio Vertikal
20.06.2008	21:00	Lautstark
21.06.2008	21:00	Chill Out
22.06.2008	20:00	Snap
23.06.2008	21:00	Subotnix
24.06.2008	21:00	KBW
25.06.2008	21:00	Cowclub Radio
26.06.2008	21:00	2 Männer und Ich
27.06.2008	21:00	Radio Jam
28.06.2008	21:00	Metal Inquisition